

Zur Situation von Roma in Frankfurt

Der Förderverein Roma arbeitet seit über 35 Jahren mit Roma und Sinti, hauptsächlich mit Roma Migrant:innen aus Osteuropa zusammen. Die Umsetzung von mit der Minderheit gemeinsam entwickelten Bildungsangeboten, die Verbesserung der sozialen Situation, das Engagement gegen rassistische Diskriminierung, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit.

Flucht und Migration der nicht deutschen Roma Community beschreiben eine doppelte Form der Diskriminierung. Unter den Arbeitsmigrant:innen der 1950er Jahre waren auch Roma-Familien. Ein Aspekt, der oft unterschlagen wird und dennoch bezeichnend ist, für die umfassende Benachteiligung und die erforderlichen Schutzmaßnahmen seitens der Betroffenen, die die ethnische Herkunft verschwiegen haben. Der gängigen Marginalisierung als „Gastarbeiter:in“ oder „Ausländer:in“, die belastend genug war, wäre so noch die ungeteilte Demütigung als Roma hinzugefügt worden.

Die Entwicklung in Polen Ende der 1970er Jahre mit dem Aufbau von Solidarnosc, die Öffnung der osteuropäischen Länder ab 1989, die EU-Osterweiterung ab 2004 und der Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 ermöglichten Familien vor rassistischer Diskriminierung, Pogromen und extremer Verelendung zu fliehen. Geprägt von den Erfahrungen der Verfolgung und Vernichtung in der NS-Zeit und konfrontiert mit einer breiten gesellschaftlichen Ablehnung war und ist es für Roma aus Osteuropa schwierig, eine stabile Existenz in der Bundesrepublik aufzubauen.

Verschärfte rechtliche Bestimmungen bezüglich des Aufenthalts im Rahmen der EU-Binnenmigration grenzen Menschen, die aufgrund von jahrzehntelangen Marginalisierungsprozessen elementare Nachteile bei Bildung, Ausbildung, beruflicher Qualifikation und Erwerbsarbeit erfahren haben, systematisch aus. Vielmehr werden migrantische Roma Familien für das ihnen zugefügte Elend selbst verantwortlich gemacht. Politiker:innen und Medien präsentieren sie als Grund für angeblich notwendige Einschnitte bei sozialen Leistungen und bedienen damit den in der Mehrheit der Bevölkerung vorherrschenden Antiziganismus. Obdachlosigkeit, mangelhafte Notunterkünfte, unzureichende medizinische Versorgung, fehlende Bildungs- und Arbeitsperspektiven belasten Hilfesuchende. Der Verelendung wird bundesweit zunehmend mit Ausweisungen und Rückreisesperren begegnet.

Vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien Geflohene, die sich auf die Verfolgung als Roma beriefen, erhielten kein Recht auf Asyl, sondern waren geduldet. Knapp 20 Jahre nach dem Krieg werden Geflüchtete nun sukzessive abgeschoben. Aktuelle Bedrohungen und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Roma in osteuropäischen Ländern, werden nicht angemessen geahndet. Stattdessen wird durch die Feststellung „sicheres Herkunftsland“ (z. B. Albanien, Kosovo, Moldau, Georgien) Betroffenen Zuflucht verweigert und Abschiebungen umgesetzt. Innerhalb der EU ist das Recht auf Asyl vollständig ausgehebelt worden.

Dennoch ist, ungeachtet der verschlechterten Situation, festzustellen, dass sich das Engagement verstärkt hat. So sind allein in Frankfurt in den letzten Jahren vier weitere Roma-Organisationen gegründet worden. Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus wurde bundesweit aufgebaut. Die Anzahl der Selbstorganisationen von Migrant:innen, die sich rückhaltlos für die Bürger- und Menschenrechte der Minderheit einsetzen, hat ebenso wie die der Unterstützervereinigungen bundesweit zugenommen. Konkrete Beratungsarbeit, der Aufbau pädagogischer Projekte, die Koordination der unterschiedlichen Initiativen auf lokaler, regionaler und Bundesebene, eine verstärkte öffentliche Sichtbarkeit, gezielte Kampagnen und mehr Diversität zeichnen das Bild einer widerständigen und selbstbewussten migrantischen Roma Gemeinschaft.